

i.A.22.14.7.3.-CB/BMO

Bern, den 10. April 1989

Informations hebdomadaires 15/89VERTRAULICH

(IH 14/89 ist ausgefallen)

reunions de printemps des  
institutions de bretton woods

les reunions des groupes restreints (g-7, g-10) et des comites directeurs du fmi et de la bird (comite interimaire et comite du developpement) ont eu lieu du 2 au 4 avril a washington. le theme principal a ete la proposition americaine de modifier l'orientation de la strategie de la dette en donnant un accent particulier a sa reduction. comme le g-7, le g-10, sous la presidence du conseiller federal otto stich, a soutenu cette nouvelle approche. les discussions au sein du comite interimaire (observateur suisse : m. lusser, bns) et du comite du developpement (observateur suisse : m. blankart, ofaee) ont permis de clarifier les grandes lignes de la nouvelle strategie, si la reduction de la dette devient une composante importante, l'effort d'ajustement des pays endettes reste l'element essentiel. dans la pratique, la reduction de la dette devra sortir des discussions entre banques creditrices et pays debiteurs. pour realiser ce processus, le fmi et la bird ont ete charges de preparer les instruments (garanties, financements) aptes a faciliter la participation des banques commerciales dans des operations de reduction de la dette.

en ce qui concerne le service de la dette, les deux institutions ont ete chargees d'etudier plus en profondeur les moyens de sa reduction, sans que pour autant leur solidite financiere ne soit mise en danger.

les details pratiques de la mise en oeuvre de la nouvelle strategie montreront jusqu'a quel point il y aura transfert du poids de la dette du secteur prive au secteur public.

le g-10 a, par ailleurs, decide de se reunir en session extraordinaire le 2 juin a berne pour examiner le rapport sur les relations entre fmi et bird. le comite interimaire a considere comme positive la situation economique mondiale, il a neanmoins exprime ses craintes quant aux pressions inflationnistes et au rythme lent du redressement des desequilibres exterieurs. le comite du developpement a mis en relief l'acceptation generale par les ped de la necessite de l'ajustement et le fait que, pour que celui-ci reussisse, il est necessaire qu'il comprenne une composante sociale s'adressant aux couches de la population la plus defavorisee.



besuch von bundesrat stich in washington  
( b i l a t e r a l e g e s p r a e c h e )

anlaesslich der fruehjahrestagungen der bretton woods institutionen fuehrte br stich (s) gespraechе mit dem amerikanischen schatzsekretaer brady, dem kanadischen finanzminister wilson und mit imf-generaldirektor camdessus.

- schatzsekretaer brady (b)

b praezisierte, dass seine neue entwicklungsstrategie allen entwicklungslaendern offen stehe, also auch den aermsten. bedingung sei einzig, dass diese laender zuerst ein ueberzeugendes anpassungsprogramm praesentierten und anwenden wuerden. da die aermsten entwicklungslaender indessen wenig schulden bei den geschaeftsbanken haetten, wuerden offensichtlich vor allem die lateinamerikanischen staaten in oen genuss der neuen mechanismen gelangen. der kritik, dass seine vorschlaege negative auswirkungen auf die gewaehrung von neugeld haben koennten, widersprach b nicht. er wies indes darauf hin, dass eine recuktion der altschuld oder des schuldendienstes zur folge habe, dass weniger neugeld beansprucht werde.

nach b ist es verfrueht, bereits jetzt alle details der neuen verschuldungsstrategie ausarbeiten zu wollen. anhand der naechsten drei verschuldungsfaelle, die zweifellos demnaechst auftreten werden, sollen die einzelheiten der strategie festgelegt werden (ohne laender zu nennen, duerfte b an venezuela, mexiko und philippinen gedacht haben).

amerikanischerseits wurde s die frage gestellt, ob die schweizerischen geschaeftsbanken bereit sein werden, bei der neuen verschuldungsinitiative mitzumachen, und welchen beitrag die schweizerische regierung leisten koennte, auf diese einzuwirken. s wies zunaechst auf die strenge aufsicht hin, der die schweizerischen banken unterstehen. die banken haetten die moeglichkeit, bedeutende abschreibungen (bis zu 50 o/o) vorzunehmen und vorsorgliche reserven zu bilden. diese abschreibungen wuerden die gewinne der banken erheblich schmaelern. als folge der einraeumung grosszuegiger abschreibungsmoeglichkeiten wuerde der staat auf erkleckliche steuereinnahmen verzichten. die relativ geringen, ausstehenden betraege aus kritischen laendern, bzw. die gebildeten reserven, sollten es eigentlich den banken erleichtern, mitzuziehen. ob sie sich indes tatsaechlich beteiligen werden, liess s offen. der bund wird jedenfalls kaum auf deren haltung einfluss nehmen koennen.

./.

- finanzminister wilson (w)

als praesident der g-10 informierte sich s ueber das bestehen von steuern auf kapital- und wertschriftentransaktionen in den einzelnen mitgliedlaendern, dies im Hinblick auf eine moegliche koordinati- on. w bestaetigte, dass kanada (bzw. dessen provinzen), aehnlich wie die schweiz (stempelsteuer) gewisse transaktionen sowie das wertschriftenkapital steuerlich belastet.

w ersuchte s, seine haltung zur gruppe "guyana" in wiedererwaegung zu ziehen. die schweiz hat es abgelehnt, in der im rahmen der "extended structural adjustment facility" und von kanada geleiteten gruppe mitzuwirken, die diesem land u. a. hilft, seinen verbindlichkeiten gegenueber dem imf nachzukommen. s zeigte sich bereit, die angelegenheit noch einmal zu pruefen, allerdings ohne w irgendwelche hoffnungen zu machen.

- generaldirektor candessus (c)

s teilte seinem gespraechspartner mit, dass die schweiz grundsaeztlich die neuen initiativen im verschuldungsbereich der amerikanischen regierung begruesse, allerdings werde sie sich erst aussprechen koennen, wenn die einzelheiten der gemachten vorschlaege bekannt sind. von besonderer bedeutung sei in dieser hinsicht, ob die internationalen finanzinstitutionen bereit sind, das letztlich auf sie fallende risiko zu uebernehmen.

nach c gehen die von schatzsekretaer brady gemachten vorschlaege grundsaeztlich in die richtige richtung. bis jetzt habe man immer auf die bereitstellung von neugeld hingewirkt und die vermindering der altschuld vernachlaessigt. im neuen vorschlag ist die aufstellung von anpassungsprogrammen unabdingbar. nur wenn es den schulderlaendern gelingt, ihre eigene bevoelkerung zu ueberzeugen, im ausland angelegtes kapital zu repatriieren, wird es moeglich sein, auch auslaendische banken zu ueberzeugen, abstriche auf der altschuld vorzunehmen.

auf die frage von s, wann die neue verschuldungsstrategie wirksam werden sollte, antwortete c, moeglichst sofort, es gelte jene laender zu belohnen, die resolute strukturanpassungsprogramme anwenden. allerdings werden die ressourcen des fonds nicht auf einmal einem land zufliegen,

sondern stufenweise mit eingebauten ueberpruefungsmechanismen, welche die wirksamkeit der eingeleiteten anpassungsmassnahmen testen.

s und c unterstrichen die ausgezeichneten beziehungen schweiz - imf. c wird anfangs juni die schweiz besuchen.

besuch von staatssekretaer f. blankart in washington  
( b i l a t e r a l e g e s p r a e c h e )

sts blankart nahm die gelegenheit der fruenjahrstagungen der bretton woods-institutionen wahr, um ein gespraech mit der neuen united states trade representative carla hills, dem neuen handelsminister robert mosbacher und weiteren hohen mitarbeitern der neuen administration zu fuehren. im gegensatz zur reagan-administration faellt die bush-verwaltung durch mehr offenheit und pragmatismus gegenueber den sich stellenden aufgaben auf. es ist dies ausdruck der politischen zugehoerigkeit von praesident bush, der sich mehr im zentrum und weniger am ideologisch ausgerichteten rechten rand der republikanischen partei situiert.

der besuch von sts blankart fiel mit den in genf stattfindenden abschlussverhandlungen der 'miterms review' im rahmen der uruguay runde zusammen. dieser umstand gestattete es ihm, direkt auf die verantwortlichen kabinettsmitglieder einfluss zu nehmen. es ging vor allem darum, die usa davon zu ueberzeugen, im bereich der landwirtschaft auch den nicht-wirtschaftlichen faktoren (spezifizitaet) rechnung zu tragen. das widerstreben der usa, eine solche von der

schweiz befuerwortete klausel in den verhandlungstext aufzunehmen und die allzu starke konzentrierung auf das landwirtschaftsdossier gingen zu lasten der verhandlungen im bereich des geistigen eigentums, wo nach griffigen loesungen gerungen werde. vielleicht seien gewisse laender gar daran interessiert, die usa zum ausstieg aus den verhandlungen ueber einen vermehrten schutz des geistigen eigentums zu veranlassen und damit washington fuer das moegliche scheitern der miterms-review die verantwortung zuzuschieben. viel besser waere es, wenn sich die usa und die schweiz gemeinsam fuer einen text mit hohem anspruchsniveau im bereich des geistigen eigentums einsetzen koennten, statt sich ueber agrarfragen zu streiten.

sts blankart gab der erwartung ausdruck, dass die usa der schweiz in der formulierung ihrer agrarpolitik die notwendige flexibilitaet lassen, damit an der schweizerischen landwirtschaftsfront von innen heraus nach und nach eine bereitschaft zu einem agrarpolitischen umdenken erreicht werden kann. damit dies ueberhaupt moeglich sei, sind allerdings erfolge in den anderen, die schweiz interessierenden verhandlungsgruppen (trips, trims, dienstleistungen, etc.) notwendig.

nachdem das thema 'europa 1992' auch in den usa zu einem solchen erster aussenhandelspolitischer prioritaaet geworden ist, benutzte sts blankart die gelegenheit, den beiden amerikanischen regierungsmitgliedern die schweizerische europapolitik zu erlaeuern. beide seiten stimmten darin ueberein, dass europa 1992 eine chance fuer die ausweitung des welthandels darstellt. diese wird umso groesser sein, als die uruguay runde zu einem erfolgreichen abschluss gebracht werden kann. beunruhigt zeigte sich die us-seite ueber moegliche eg-bestimmungen in den bereichen reziprozitaet (bei dienstleistungen), ursprungsregeln und normen.

sts blankart wies darauf hin, dass sich die schweiz weiterhin an einem engen zusammenarbeiten mit der eg interessiert zeigen wird. wie in der vergangenheit wird sie neue bilaterale abkommen indessen nur dann abschliessen, wenn diese gatt-rechtlich abgedeckt sind oder fragen betreffen, die vom gatt nicht erfasst werden. zudem wird die schweiz danach trachten, dass diese vereinbarungen den abschluss von weltweit gueltigen abkommen nicht erschweren. sts blankart erklarte auch die bestehenden unterschiede der schweizerischen europapolitik zu jener ihrer efta-partner und erlaeuterte die resultate des efta-gipfels von oslo aus schweizerischer sicht sowie die schweizerische reaktion zur erklaerung von kommissionspraesident delors. er betonte ferner, dass die schweiz bereit ist, die zusammenarbeit efta-eg im hinblick auf einen gemeinsamen europaeischen wirtschaftsraum zu verstaerken solange diese unsere "treaty making power" nicht in frage stellt.

sts blankart konnte feststellen, dass der grossteil der letztes jahr noch bestehenden wirtschaftsprobleme zwischen der schweiz und den usa weitgehend geloest wurden. er gab indes gegenueber seinen gespraechspartnern seiner unverminderten sorge ueber in den usa bestehende oder im entstehen begriffene gesetze ausdruck, welche die diskriminatorische kontrolle auslaendischer investitionen, u.a. aus gruenden der nationalen sicherheit, zum ziele haben. ferner sprach sts blankart die hoffnung aus, dass die schweiz im rahmen der implementierung des neuen amerikanischen handelsgesetzes wie die cocum-staaten von der liberalisierung der exportkontrollvorschriften profitieren werde.

Visite officielle Premier Vice-MAE Corée du Nord,  
M. Kang Sok Dschu (K)

K a été reçu à Berne, le 3 avril 1989, par Secrétaire d'Etat. Sa visite comportait en outre visite courtoisie au Chef du Département, entretien à l'OFAEE (Ambassadeur Girard) et visites entreprises (Ciba-Geigy, Omega, Forces motrices bernoises).

En 15 ans de relations (avons noué relations diplomatiques avec RPDC en 1974), il s'agissait première visite politique à haut niveau, les contacts entre les deux pays s'étant jusqu'ici cantonnés dans domaine économique, en raison notamment de la dette nord-coréenne à l'égard de la Suisse. Faisant suite à celle du Chef de la Division politique II à Pyongyang en 1987, cette visite a eu lieu à la demande de la RPDC. A l'heure de la perestroïka et du dégel entre l'Est et l'Ouest, celle-ci essaie de sortir de son isolement, tout en insistant farouchement sur le maintien de son indépendance et de son propre cap, la Corée du Nord étant aujourd'hui, à l'instar de la Roumanie, l'un des pays les plus sclérosés du monde.

Les entretiens se sont déroulés dans une atmosphère détendue. Ils ont porté essentiellement sur la question coréenne et les relations de la RPDC avec ses grands voisins. K nous a laissé l'impression positive d'un interlocuteur relativement ouvert, pragmatique et non dépourvu d'humour. Il a invité Secrétaire d'Etat à se rendre à Pyongyang.

1. Situation en Corée du Nord

K nous présente son pays comme la victime passée et présente de ses puissants voisins. Pour survivre, la RPDC doit afficher son indépendance, garder ses distances à l'égard des influences extérieures et tracer sa propre voie, celle du socialisme dont la consolidation passe par les trois révolutions de l'idéologie, de la culture et de la technique.

L'unité, souligne K, est la seule arme de la RPDC contre la Corée du Sud et les Etats-Unis, et c'est par l'éducation et la culture que l'on entend l'encourager en renforçant le sentiment de

l'identité nationale.

La révolution technique est de même vitale, la RPDC n'a pas connu le capitalisme et manque donc d'infrastructures industrielles qu'il est urgent de créer. Elle n'est pas membre du COMECON, ce dont K se félicite, mais n'exclut pas les échanges avec d'autres pays.

Perestroïka et glasnost semblent n'avoir trouvé aucune résonance en RPDC. Kim Il Jong succédera à son père et l'important pour le pays est de maintenir et de renforcer le système existant, de garder sa propre ligne s'il ne veut pas renouer avec les tragédies du passé. D'ailleurs, relève K très sérieusement, la RPDC n'éprouve pas la nécessité de changement, réformes et adaptations ayant été faites au fur et à mesure, sans que les erreurs puissent s'accumuler comme ce fut le cas en URSS et en Chine...

## 2. Relations intercoréennes

Le dialogue intercoréen doit se concentrer sur la réunification et l'unité nationale, que Pyongyang conçoit sous forme d'une confédération, celle-ci ne devant cependant mettre en cause ni le système de la Corée du Sud ni le rôle des Etats-Unis en Asie. Au stade actuel, questions politico-militaires doivent avoir priorité sur questions plus pragmatiques des échanges économiques et de personnes.

Après l'espoir soulevé par propositions Président Roh Tae Woo du 7 juillet dernier, K relève la déception des autorités de Pyongyang concernant attitude actuelle Corée du Sud, celle-ci visant davantage à entériner la division du pays qu'à favoriser le dialogue et la réunification. Au Sud, le soutien des étudiants et des "forces démocratiques" peut cependant être considéré comme acquis aux propositions du Nord, alors qu'un anti-américanisme croissant se manifeste. Nous assurant qu'il n'avait pas pour but de diffamer le Gouvernement de Séoul mais bien d'exprimer la préoccupation de Pyongyang quant à son attitude, K nous a demandé d'intervenir directement ou indirectement auprès des autorités sud-coréennes à cet égard.

D'une manière générale, la RPDC attend beaucoup de la Suisse, en

raison de sa neutralité qu'elle admire et de son rôle au sein de la Commission de contrôle des nations neutres à Panmunjom, un rôle dont son pays nous est très reconnaissant et dont il tient à nous remercier.

### 3. Relations RPDC avec Etats-Unis et pays voisins

Contacts avec Etats-Unis sont déterminants pour RPDC, ceux-ci étant "interlocuteurs réels" dans la question de la réunification. S'il se félicite de l'évolution récente dans l'attitude américaine, K regrette que dialogue entre les deux pays manque totalement de substance.

S'agissant des relations avec Chine et URSS, K insiste sur la nécessité vitale pour la RPDC de maintenir son indépendance et de garder ses distances à l'égard des alliés soviétique et chinois.

Relations avec le Japon ont été évoquées plus en détail en raison de notre nouvelle démarche de bons offices (remise d'un aide-mémoire à la demande du gouvernement japonais) en faveur de deux marins japonais détenus en Corée du Nord depuis 1983.

K remarque que le Japon est un voisin puissant dont la Corée a eu à souffrir cruellement dans le passé. L'un des précurseurs de la division de la péninsule, le Japon poursuit une politique hostile. La Corée n'en recherche pas moins des relations de bon voisinage, celles-ci étant importantes pour la paix non seulement dans la péninsule coréenne, mais aussi dans toute l'Asie.

### 4. Relations économiques

Bien que la question de la dette, qui grevait nos relations bilatérales, soit momentanément réglée, les Coréens étant actuellement à jour dans le paiement de leurs arriérés, les perspectives de développement de nos relations bilatérales économiques sont peu favorables à court terme.



Cambodge / Visite de M. Son Sann

De passage en Suisse pour l'inauguration d'une exposition sur le Cambodge, M. Son Sann (SN) a été reçu, à sa demande, par Secrétaire d'Etat. C'était sa troisième visite au DFAE. En effet, si nous avons "gelé" nos relations avec Pnom Penh après l'invasion vietnamienne, nous entretenons des contacts informels avec représentants du Gouvernement de coalition du Kampuchea démocratique (GCKD), dont SN, Premier-Ministre, représente le courant libéral modéré mais aussi la faction la moins influente.

Au lendemain d'une nouvelle annonce du retrait vietnamien du Cambodge jusqu'en septembre prochain, SN manifeste un espoir prudent tout en constatant que les Vietnamiens sont pressés de se retirer, principalement en raison de la situation économique désastreuse du Vietnam mais aussi des pressions de Moscou qui s'intensifient à la veille du sommet sino-soviétique.

Le danger du retour des Khmers Rouges au pouvoir à Pnom Penh reste encore aujourd'hui le meilleur prétexte des Vietnamiens. SN rappelle à cet égard que le Vietnam était l'allié des Khmers Rouges qu'ils a armés et entraînés depuis 1970, que c'est grâce aux Vietnamiens que les Khmers Rouges ont réussi à entrer à l'ONU, et signale en passant que les Vietnamiens se sont également livrés à un génocide au Cambodge, quoique plus subtile que celui des Khmers Rouges.

SN et le GCKD souhaitent la constitution:

- 1) d'un gouvernement quadripartite d'union nationale regroupant les trois factions du GCKD et des représentants du régime actuel de Pnom Penh, solution à laquelle ce dernier est encore opposé,
- 2) d'une commission internationale de contrôle de l'ONU,

3) d'une force internationale de maintien de la paix qui puisse surveiller le retrait des forces, le cessez-le-feu, et la tenue d'élections.

Si l'on considère de mêler des éléments du régime de Pnom Penh au gouvernement d'unité nationale, on refuse, précise SN, tout maintien des structures actuelles, le régime de Pnom Penh étant illégal et communiste. Or, insiste SN, le peuple cambodgien n'est ni communiste ni pro-vietnamien.

Le GCKD a besoin d'aide militaire et SN, en particulier, d'un "gros bâton" . Il n'a jamais reçu d'aide autre qu'humanitaire des pays occidentaux, mais, bien qu'il soit opposé à toute solution militaire, il a besoin d'un soutien militaire pour maintenir un certain équilibre au sein du Gouvernement de coalition dont les différentes factions disposent de forces très inégales. Avec 35'000 hommes, les Khmers Rouges qui demeurent le danger No 1, ont les forces les plus importantes et disposeraient en outre d'armes et de munitions pour tenir pendant deux ans. Sihanouk disposerait d'environ 20'000 hommes et espère pouvoir obtenir une aide militaire limitée des Etats-Unis. SN reste vague sur ses propres forces dont l'effectif se monterait à quelque 10'000 hommes mal équipés.

Outre l'aide militaire, le GCKD a besoin d'un soutien financier pour aider le peuple cambodgien à l'Ouest du pays et préparer les centaines de milliers de personnes déplacées au retour (alphabétisation, formation, bourses).

SN a exprimé sa vive reconnaissance pour l'aide fournie par la Suisse. Nous examinerons la possibilité d'apporter une aide accrue dans le domaine de l'éducation et de la formation.

GATT-URUGUAY ROUND: Résultats de la réunion des hauts fonctionnaires du début avril 1989: déblocage

A la suite d'un effort négociatoire considérable, qui a duré neuf jours et neuf nuits, la négociation - sous l'habile présidence de M. Arthur Dunkel, Directeur général du GATT - a été débloquée par l'adoption d'engagements politiques sur l'agriculture, la propriété intellectuelle, les textiles et les sauvegardes. Avec le résultat de Genève, le cycle de l'Uruguay est remis sur les rails pour l'ensemble des 15 sujets de négociation. C'est là une excellente nouvelle pour le système commercial mondial et pour la Suisse.

L'engagement politique agricole de Genève détermine les objectifs à long terme de la négociation agricole, ainsi que des engagements concrets pour le court terme. Les objectifs à long terme de la négociation concernent l'élaboration d'un système de commerce agricole international équitable et orienté sur le marché. Cet objectif sera atteint par l'élaboration de règles du GATT sur le commerce agricole et par une négociation de réductions substantielles et progressives de la protection et du soutien à l'agriculture. Il sera tenu compte dans la négociation des éléments non-commerciaux des politiques agricoles. Dans le court terme les participants se sont engagés à geler, voire à réduire, dans le cadre de la législation actuelle, les mesures à la frontière et les prix payés à la production des produits agricoles.

Même si le combat ne fait que commencer, la délégation suisse, dirigée par l'Ambassadeur de Pury, et comprenant entre autres l'Ambassadeur Rossier et le Directeur suppléant de l'OFAG, Hans Popp, est satisfaite d'avoir obtenu gain de cause sur quatre points essentiels pour la Suisse:

- sur le plan juridique, le protocole d'accession de la Suisse au GATT n'est pas mis en cause actuellement;

- les éléments non-économiques des politiques agricoles, qui n'étaient pas expressément mentionnés dans la déclaration de Punta del Este, sont ancrés dans la décision de Genève;
- en ce qui concerne les mesures à court terme, elles se situent à l'intérieur des législations nationales en vigueur. La Suisse a obtenu implicitement un minimum de souplesse en matière de gel des prix pour les produits soumis à une limitation de la production.
- l'approche "règles" est consolidée.

L'accord réalisé dans le domaine de la propriété intellectuelle représente un progrès considérable et donc un succès important. Les négociations de Genève ont abouti à un accord de négocier dans le cadre de l'Uruguay Round sur l'ensemble des aspects de la protection de la propriété intellectuelle, y compris les normes.

Dans le domaine des textiles, les participants ont souscrit essentiellement à un engagement politique de tous les participants d'entamer immédiatement et sans préalable, des négociations substantielles sur l'intégration du secteur des textiles dans le GATT dès l'expiration de l'Accord multifibres en 1991. L'accord sur les sauvegardes, tout en étant procédural, devrait permettre le démarrage de cette négociation cruciale pour le système.

#### Appréciation suisse

La réussite dans le domaine de la propriété intellectuelle est tout particulièrement importante pour la Suisse. Ce succès ne cache pourtant pas un déséquilibre dans la globalité du processus, au profit de la négociation agricole qui est actuellement plus avancée que toutes les autres. Le risque d'un déséquilibre du résultat global final n'est donc pas à écarter.

La négociation d'ensemble a démontré que les petits et moyens pays commerçants exercent encore une influence importante sur le système, ceci à condition toutefois de défendre des posi-

tions qui se situent à l'intérieur du "mainstream". Malheureusement, la tendance en faveur de la libéralisation et du multilatéralisme n'est pas aussi générale que nous le souhaiterions.

La négociation agricole a malheureusement de nouveau dominé cette réunion et a été particulièrement difficile pour la Suisse. Si la Suisse a pu préserver l'essentiel de sa position négociatoire, son combat fut très isolé au départ, notamment à cause de la réorientation de la politique agricole de la Suède qui a rendu plus difficile la coopération entre les pays de l'AELE. La Suisse, à l'instar du Japon, de l'Autriche, de la Norvège, de l'Islande et de la Corée, a jugé nécessaire de préciser la portée de la décision agricole et des engagements pris par la Suisse dans une déclaration à la réunion finale du Comité des négociations commerciales.

#### Strategiebericht für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre

Am 4. April hat Herr Bundesrat Koller den Bericht der interdepartementalen Strategiegruppe für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bericht ist das Resultat einer 1 1/2jährigen Gruppenarbeit unter der Leitung von Herrn Arbenz. Mitglieder waren die Herren Corti (BAWI), Crittin (BFA), Giovannini (DEH), Hadorn (Stellvertreter des DFW), Walter Schmid (Sekretär der schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, Zürich), Weiersmüller (EDA), Zürcher (Rechtsberater DFW) und Grossen (BIGA). Der Bericht reflektiert die Meinung dieser Personen und ist somit keine Aeusserung des Bundesrates, dem er als Diskussionsgrundlage für das weitere Vorgehen dient. Er gibt auch nicht notwendigerweise die Ansicht des EDA und von Bundesrat Felber wieder, denn die Herren Giovannini und Weiersmüller haben darin ihre eigenen Ueberlegungen eingebracht. Problemanalyse und Empfehlungen werden Gegenstand EDA-interner Beratungen sein, über die wir Sie nach Möglichkeit orientieren werden.

Der Bericht geht allen Aussenposten in der zweiten Aprilhälfte zu. Wir sind Ihnen dankbar um Kommentare und Ueberlegungen, insbesondere auch zum Analyseteil, die Sie bitte an den Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik richten wollen.

Der Bundesrat wird den Bericht, begleitet von einem Fragebogen, den Kantonen, politischen Parteien und interessierten Kreisen in der Schweiz zur Vernehmlassung unterbreiten. Eine bundesrätliche Delegation, bestehend aus HH Delamuraz, Koller und Felber, wird dann den Bericht im Lichte der eingegangenen Antworten und departementsinternen Meinungsbildung beraten und dem Gesamtbundesrat das weitere Vorgehen vorschlagen.

Discussions d'experts avec la Turquie

Les 5 et 6 avril 1989, une réunion d'experts a eu lieu à Berne entre délégation turque dirigée par Ambassadeur Zeki Celikkol, Chef de la Direction générale des affaires consulaires du Ministère turc des affaires étrangères et délégation suisse conduite par Godet, DDIP.

Cette réunion, qui revêtait un caractère d'information, a permis de procéder à un échange de vues dans les domaines suivants :

- problèmes que pose dans le cadre de la Convention de Vienne du 24 avril 1963 l'exercice des fonctions consulaires,
- échange d'informations en ce qui concerne l'état civil,
- questions touchant à l'application de la Convention européenne sur l'extradition (cas Frères Magharian a été évoqué), Convention sur le transfèrement des personnes condamnées, et collaboration concernant trafic de stupéfiants
- question touchant à la reconnaissance et à l'exécution des jugements civils.

Les deux délégations ont en outre discuté plusieurs points liés à la présence de travailleurs, ainsi que de demandeurs d'asile et de réfugiés turcs en Suisse (pratique suisse en matière de visas, problèmes liés aux passeurs et aux filières, production de faux documents pour avoir droit à des allocations familiales). Réunion a également permis à la partie suisse d'exposer sa politique en matière d'asile. La délégation turque a enfin saisi l'occasion de cette rencontre pour demander, à l'instar d'autres pays, que la condition des dix années de séjour en Suisse pour l'obtention du permis d'établissement soit abaissée à cinq.

La réunion s'est déroulée dans un climat particulièrement confiant et ouvert, permettant à chacune des parties de faire état des difficultés qu'elle rencontrait dans ces divers domaines. Il a été convenu de poursuivre ce dialogue à Ankara, dans une année, ce délai devant permettre à chacune des délégations de mettre en oeuvre les améliorations pratiques envisagées.

F. MUHEIM



Bern, den 10. April 1989

i. A. 22.14.7.3.Interne Verteilerliste + dipl. VertretungenBetrifft: **IH 15/89**

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ramseyer	RY
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
KSZE-Dienst	Botschafter Schenk	SBL
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg Hr. Fivat	LA FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin Hr. Pedotti	SIN PGF
Dienst Frankophonie	Hr. De Dardel	DJ
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg Hr. Blickenstorfer	RUE BLI
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Robert	RO
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Muheim Minister Erard Minister Gyger	MF ER GWB
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater für europäische Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Hr. Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Godet	KT STR GT
Sektion Völkerrecht	Hr. Spinner	SPI
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals Personalsektion	Hr. von Graffenried Hr. Brogini/Hr. Reich	GRP BRO/RE
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Doswald	DW
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Trinkler Hr. Castelli	TK CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe Stellvertr. Direktor	Botschafter Staehelin Hr. Wilhelm	SFR WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland Vizedirektor	Hr. Rädersond	RAE
Informationsdienst Multilaterale Angelegenheiten Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Hr. Giovannini Hr. Dannecker Hr. Beti Hr. Pasquier Frau Schelling R.	GI/ DAR BEI PA SGR
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

## + Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Brunnaderstr. 76, Bern  
(durch Chauffeur zugestellt)



IH: Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
Asuncion	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	<u>Khartoum</u>	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kuala Lumpur	Stuttgart
Berlin/BRD	Kuwait	Seoul
Berlin/DDR	Lagos	Sydney
Bogota	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lima	Tel-Aviv
Bonn	Lissabon	Tokio
Bordeaux	London	Toronto
Brasilia	Los Angeles	Tripolis
Brüssel+Mission	<u>Luanda</u>	Tunis
Budapest	Luxembourg	Vancouver
Buenos Aires	Lyon	Warschau
Bukarest	Madrid	Washington
Canberra	Mailand	Wellington
Caracas	Manchester	Wien
Chicago	Manila	Yaoundé
Colombo	<u>Maputo</u>	Zagreb
<u>Conakry</u>	Marseille	Riad
Dakar	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Mexiko	
Dar es Salaam	Montreal	
Den Haag	Monrovia	
Dhaka	Montevideo	
Djeddah	Moskau	
Dublin	München	
Düsseldorf	Nairobi	
Frankfurt a/Main	New Delhi	
Genua	New York, UNO+GK	
Guatemala	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

## Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH + DP